

Redebeiträge "Friedlicher Hessestag"
zur Kundgebung auf dem Hessestag 2023 in Pfungstadt

Inhaltsverzeichnis

Redebeitrag von Thomas Carl Schwoerer, DFG-VK.....	2
Redebeitrag SDAJ.....	4
Redebeitrag von Franz Nadler, Connection e. V.....	7
Redebeitrag von Gernot Lennert, DFG-VK.....	10

Sicherheit neu denken: Rede auf dem Friedlichen Hessentag am 10.6.23 in Pfungstadt

Liebe Freundinnen und Freunde,
ich bin Thomas Carl Schwoerer, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen und im Koordinierungskreis von Sicherheit neu denken. Für dieses Netzwerk rede ich heute, das von über 100 kirchlichen und weltlichen Organisationen getragen wird. Sicherheit neu denken schildert konkrete Schritte auf dem Weg zu einer zivilen Sicherheitspolitik auf.

Das ist bitter nötig. Denn die militärisch gestützte Sicherheitspolitik von Nato, Russland und China ist gescheitert. Kriege sind Ausdruck dieses Scheiterns. Ich füge hinzu, dass wir den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine selbstverständlich verurteilen.

In diesem Krieg erhöht sich laut Jürgen Habermas mit jedem Tag ohne Verhandlungen die Gefahr eines Kapitulationsfriedens der Ukraine, oder - um diesen abzuwenden - einer noch stärkeren, direkten Kriegsbeteiligung der Nato. Es ist zu befürchten, dass diese sich zu einem dritten Weltkrieg ausweiten könnte, der wahrscheinlich ein atomarer wäre.

Weder Russland noch die Ukraine haben eine realistische Chance, diesen Krieg zu gewinnen, in dem es nur Verlierer geben kann.

Wir brauchen massive internationale diplomatische Kraftanstrengungen zu einem Waffenstillstand und anschließenden Verhandlungen. Nur so findet das Elend der Menschen in der Ukraine ein Ende.

Wichtig sind außerdem nicht-militärische Beiträge zur Schwächung der zermalmenden Gewalt dieses Krieges, um wieder mit Habermas zu sprechen. Das sind humanitäre Visa und Asyl für alle Kriegsdienstverweigerer, Militärdienstentzieher und Deserteure aus den beteiligten Ländern, die Franz Nadler von Connection zu Recht fordert, sowie ziviler Widerstand. Dazu zählt die Plakataktion der Mitarbeiterin des russischen Staatsfernsehens am 14. März. Dazu zählen auch die 235 gewaltfreien Aktionen in der Ukraine zwischen dem 24. Februar und dem 30. Juni letzten Jahres. Ukrainer:innen in den besetzten Gebieten haben russische Flaggen abgehängt, Kundgebungen durchgeführt und Verkehrsschilder manipuliert. Lehrer:innen, Schulleiter, Bürgermeister, andere Beamt:innen sowie Mitarbeiter:innen in Fernsehen und Rundfunk haben sich geweigert, mit den Besatzern zusammenzuarbeiten. Medizinisches Personal, Arbeiter und Unternehmer haben Steuerzahlungen oder öffentliche Arbeiten abgelehnt.

Das ist eine bemerkenswerte Bilanz. Sie zeigt, welches um so größere Potential in der Ukraine für einen zivilen Widerstand gegeben war, wenn man ihn von Anfang an vorbereitet und darauf gesetzt hätte.

Sicherheit neu denken setzt sich dafür ein, das Militärische und die Militärlogik zurückzudrängen. Immer wieder heißt es, militärische Gewalt sei das alternativlos letzte Mittel. Das finde ich fatal, weil dadurch viel weniger energisch im Vorfeld nichtkriegerische, zivile Mittel zur Überwindung der Gewalt genutzt werden. Es wird darum gehen, zivile Konfliktlösung zu trainieren sowie endlich Geld, Kraft und Zeit in deeskalierende und vorbeugende Bearbeitung von Konflikten zu investieren.

Gewaltfreie Konfliktbewältigung ist kein Kinderspiel, Prävention und Mediation müssen gelernt werden. Friedensdienste müssen auch finanziert und personell ausgestattet werden!

Liebe Freund:innen, Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis. Mit diesem Begriff kommt Sicherheit neu denken ins Gespräch mit allen, die sich mit Sicherheit beschäftigen: mit Militär, Grenzschutz, Polizei, Katastrophenschutz, Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz und das Technische Hilfswerk. Also mit Gruppen und Menschen, bei denen Stabilität sehr weit oben auf der Werteskala steht. In diesem Dialog pochen wir darauf, dass Beziehung eine viel bessere Sicherheit ermöglicht als Abschreckung.

Dazu passt der Traum, dass alle Sicherheitskräfte auf einem Friedlichen Hesperstag ausstellen. Aber gemäß dem Beschluss der hessischen Ver.di-Landeskonferenz vom 11. März nicht als Waffenschau von militärischen Großgeräten. Der Hesperstag ist laut Ver.di kein Abenteuerspielplatz, auf dem Kinder und Jugendliche unreflektiert mit militärischem Gerät spielen sollten. Und der Soldat:innenberuf ist kein Beruf wie jeder andere. Vielen Dank für eure Langmut.

Redebeitrag SDAJ

Liebe Pfungstädterinnen und Pfungstädter,

Liebe Hessinnen und Hessen,

Nicht erst seit dem russischen Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 erleben wir eine massive

Aufrüstung der Bundeswehr. Schaut man sich die Entwicklung der Militärausgaben seit dem Jahr

2000 an, sieht man den klaren Trend von Jahr zu Jahr immer mehr Geld für Tod und Gewalt

auszugeben (Quelle:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/183064/umfrage/militaerausgaben-von-deutschland/>

Dieser kurze nüchterne Blick entlarvt das Geschwafel von der kaputt gesparten Bundeswehr als die

Kriegspropaganda, die es ist. Mittlerweile ist auch bekannt, dass die Neuverschuldung von 100

Milliarden Euro zwecks Aufrüstung schon vor dem 24. Februar 2022 ausgearbeitet war und man nur

noch auf einen passenden Vorwand gewartet hat.

Es hat auch niemand der Herrschenden in Berlin, Paris oder Washington ernsthaft Angst vor einem

russischen Angriff auf die EU oder Ähnliches. Mal von den bescheidenen Erfolgen der russischen

Armee gegen die Ukraine abgesehen, würde auch hierfür würde ein kurzer Blick in die

Militärausgaben helfen. Allein Frankreich und Deutschland zusammengenommen haben 2022 sogar

mehr Geld für Rüstung ausgegeben als Russland. Von den USA ganz zu schweigen. (Quelle:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben/>

Angesichts einer internationalen Lage, die durch den wirtschaftlichen Aufstieg von Ländern wie

China, Indien und Brasilien gekennzeichnet ist, ist für uns klar, dass diese Aufrüstung nur das Ziel

haben kann, die Interessen der deutschen Großkonzerne notfalls mit Gewalt durchzusetzen.

Hierfür wirbt die Bundeswehr seit Jahren immer aggressiver um Kanonenfutter an Schulen und bei

Volksfesten Sie präsentiert sich mit aufwendigen YouTube-Serien als cooler „Arbeitgeber“, bei dem

es um Zusammenhalt, Abwechslung und einen sinnstiftenden Job gehen würde. Nichts könnte weiter

von der Realität entfernt sein.

Was haben denn die letzten Auslandseinsätze der Bundeswehr gebracht? Dank des 20 jährigen

Terrors der Bundeswehr in Afghanistan konnten die Taliban bei der dortigen Bevölkerung wieder Fuß

fassen. Ähnliches können wir in Mali beobachten.

Gleichzeitig wird verharmlost oder gleich gar nicht thematisiert, was die Auslandseinsätze mit den

Soldatinnen und Soldaten anrichten; wenn sie überhaupt zurückkommen.

Nein, die Bundeswehr ist kein Arbeitgeber wie jeder andere und auch keine notwendige Hilfstruppe

bei Naturkatastrophen oder ähnlichem. Ein Staat der mehr Schutz gegen Hochwasser, Unwetter oder

ähnliches will, investiert in den entsprechenden Bereichen und lässt Niemanden dazu ausbilden,

andere Menschen mit einem Sturmgewehr zu erschießen.

Und was erleben wir als lernende und arbeitende Jugend in diesem Land? Die Preise für

Grundnahrungsmittel und Mieten werden immer teurer. Es ist immer weniger Geld da für immer

teurer werdende Freizeitangebote. Wir erleben einen Reallohnverlust nach dem nächsten. Wir

müssen immer länger bei unseren Eltern wohnen, weil wir zu wenig verdienen. Dank Zeitverträgen

haben wir immer unsicherere Arbeitsplätze. Die Schulen verfallen und die Lernbedingungen werden

immer schlechter. Fast einem Viertel der Kinder und Jugendlichen fehlen grundlegende

Kompetenzen in Lesen, Schreiben und Rechnen (Quelle:

<https://www.news4teachers.de/2022/11/internationaler-vergleich-fast-ein-viertel-der-schueler-in-deutschland-erreicht-die-mindeststandards-nicht-mehr-als-in-russland/>

Und uns wird gesagt es sei zu wenig Geld da?!

Nein, wir glauben eure Lügen und eure Kriegspropaganda nicht mehr.
Demonstriert mit uns für einen

friedlichen Hesttag. Gegen das Werben fürs Sterben. Für Frieden und für
Bildung!

Redebeitrag von Franz Nadler, Connection e. V.

**Ukraine-Krieg:
Kriegsdienstverweigerer und Deserteure fordern:
Die Waffen nieder!**

Rede bei der Kundgebung Friedlicher Hessentag
in Pfungstadt, Samstag, 10. Juni 2023

Hallo, schön, dass ihr alle da seid. Ich meine die, die hier sind, und nicht die die hier Werbung für Krieg machen.

Sie behaupten, wenn wir, also Deutschland, die Europäische Union, die NATO, angegriffen werden, dann werden sie uns verteidigen. Dafür stehen die Soldaten und auch immer mehr Soldatinnen bereit, und das ganze Militärgerät bis hin zu den Atombomben. Auch wenn sie scheinbar freundlich hier rumstehen, stellen sie allein durch ihre Existenz für andere eine Bedrohung und Rechtfertigung ihrer eigenen Rüstung dar. Aber sie bedrohen auch uns, indem das Geld, das in Rüstung fließt, fehlt. Es fehlt für Soziales, für Umweltschutz usw. Im Ernstfall, im Krieg, würde man Tausende, Zehntausende, Hunderttausende in den Tod schicken und alles platt machen – für die Freiheit.

Diese bittere Realität sehen wir gerade in der Ukraine. Während der Westen überall, wo es ihm in den Kram passt, Krieg führt, glaubte man, dass Russland es einfach hinnimmt, wenn EU und NATO sich an der Grenze breit machen, wenn in der Ukraine die russischsprachige Bevölkerung diskriminiert wird.

Trotzdem denke ich, dass es nicht nur ein großer politischer Fehler Russlands war, die Ukraine anzugreifen, sondern ein Verbrechen, wie jeder Krieg.

Jede Seite sieht sich im Recht und ist vom Sieg im Krieg überzeugt. Da die Ukraine in die Freiheit geführt werden soll, ist es logisch, dass man sie, quasi als Verbündete betrachtet und entsprechend munitioniert. Aber wie der Krieg zeigt: 14 Millionen Leute sind bislang geflohen, 3 Millionen davon nach Russland. Es gibt bislang Hunderttausende Tote und Verletzte. Und täglich nehmen die Zerstörungen zu, nicht nur in der Ukraine: Es gibt inzwischen auch immer mehr Angriffe auf russisches Territorium. Und Russland bereitet Belarus für den Einmarsch vor, stationiert dort Atombomben. Und die Ukraine stellt immer wieder mal für die von Russland besetzten Atomkraftwerke in Saporishshja den Strom ab. Die Gefahr, dass sich dieser Krieg ausweitet, dass es auch zur Zerstörung der Atomkraftwerke, zum Einsatz von Atombomben kommt, ist offensichtlich.

Deshalb fordern wir einen Waffenstillstand und Verhandlungen, die sowohl die ukrainischen als auch die russischen Interessen berücksichtigen. Leider haben wir aber scheinbar nur kriegsbegeisterte Politiker und Politikerinnen... Niemand rafft

sich auf und sagt: Die Waffen nieder. So bleibt für uns die vage Hoffnung, dass China das gelingt. Aber der chinesische Beauftragte blitzte bislang überall ab. Auch Angebote des Papstes werden ausgeschlagen. Selenskyi: „Wir brauchen keine Vermittler.“

Die Leidtragenden sind nicht nur die Bevölkerungen, sondern vor allem diejenigen, die diesen Krieg führen sollen, die Soldaten. Die Freiwilligen, und die Söldner, die aus aller Welt angeworben werden, reichen nicht - sie reichen nie. Deshalb hat man die Grenzen geschlossen und fängt jene ab, die versuchen vor der Rekrutierung zu fliehen. Mit immer drastischeren Methoden wird rekrutiert, auch in den Gefängnissen. Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung gibt es zwar, kann aber nicht in Anspruch genommen werden. Und Kriegsdienstverweigerer müssen zur Armee oder landen für Jahre in den Gefängnissen.

Aus Russland und der Ukraine sind inzwischen jeweils 150.000 vor der Rekrutierung geflohen, aus Belarus 20.000.

Die Ukrainer haben in der EU ein befristetes Aufenthaltsrecht, und für die Russen sagte Bundeskanzler Olaf Scholz: „Ich bin dafür, diesen Menschen Asyl anzubieten.“ Aber dann haben alle EU-Länder ihre Grenzen zu Russland dicht gemacht. Visa werden nicht ausgestellt, die Rückreise sei nicht gewährleistet und im Asylverfahren sagt man ihnen, dass man erstens nicht zuständig sei, sondern das Ersteinreiseland und dass es nicht sicher sei, ob sie in Russland überhaupt rekrutiert werden würden. So sind nur ganz wenige russische Kriegsdienstverweigerer, Militärdienstentzieher und Deserteure hier angekommen. Ob tatsächlich einer Asyl bekommen hat, wissen wir nicht. Stattdessen gibt es immer mehr Ablehnungen und Ausreiseaufforderungen. Da es keine Direktflüge nach Russland mehr gibt, arbeitet man schon seit einiger Zeit an Umwegsabschiebungen. Und gerade hat man eine Möglichkeit entdeckt und hat auch schon zwei russische „Straftäter“ über Serbien abgeschoben. Die werden dann höchstwahrscheinlich im Krieg eingesetzt.

Nun noch zu uns, zu der Arbeit von Connection e.V. in Offenbach:

Wir haben schon seit vielen Jahren Kontakte in die betreffenden Länder. Kriegsdienstverweigerer trotzten dem Krieg und der Feindschaft - es gibt eine problemlose Zusammenarbeit. Ein paar Stimmen:

Die russische Bewegung für die Kriegsdienstverweigerung: „Wir treten ein für eine Welt, in der die Wehrpflicht nicht die Norm ist, in der Krieg nicht die Lösung für Konflikte ist, und in der das Recht sich für Frieden statt für Gewalt zu entscheiden, respektiert und geschützt wird.“

Da ist die belarussische Organisation Nasch Dom/Unser Haus: „Wir setzen uns ein sehr ehrgeiziges Ziel: Lukaschenko die Armee zu entreißen und die Beteiligung ... am Krieg gegen die Ukraine zu verhindern.“

Und schließlich die Ukrainische Pazifistische Bewegung: „Wir brauchen einen Waffenstillstand und Friedensgespräche. ... Selenskyj muss diplomatische und gewaltfreie Wege zur Verteidigung der Ukraine in Betracht ziehen, anstatt ein Blutbad anzurichten.“

Wir haben Mitte Mai der EU-Kommission 50.000 Unterschriften übergeben, damit die Grenzen für Kriegsdienstverweigerer geöffnet werden und sie Asyl bekommen. Man hat sie angenommen, aber das war es dann auch. Darum fordere ich auch hier: Kriegsdienstverweigerer, Militärdienstentzieher und Deserteure brauchen Asyl. Öffnet die Grenzen, keine Abschiebungen.

Redebeitrag von Gernot Lennert, DFG-VK

Nein zu Kriegs- und Zwangsdiensten!

Rede von Dr. Gernot Lennert, Landesgeschäftsführer der DFG-VK Hessen bei der Kundgebung des Bündnisses Friedlicher Hessentag, Pfungstadt, 10. Juni 2023

Die Bundeswehr wirbt hier beim Hessentag um Freiwillige. Bis 2011 hat sie noch junge Männer zum Dienst gezwungen. Doch die sogenannte Wehrpflicht wurde nur ausgesetzt, aber nicht abgeschafft. Männer sind gemäß dem nach wie vor gültigen Wehrpflichtgesetz zum Kriegsdienst verpflichtet, aber niemand wird zurzeit zwangsweise gemustert oder zur Bundeswehr oder zum Zivildienst einberufen. Der Bundestag kann die Zwangsrekrutierung jederzeit reaktivieren, und sie tritt im Spannungs- und Verteidigungsfall automatisch wieder in Kraft.

Warum sage ich sogenannte Wehrpflicht? Wehrpflicht und Wehrdienst und davon abgeleitete Begriffe suggerieren bezüglich des zwischenstaatlichen Verhältnisses, dass das Militär der Verteidigung diene. Allerdings haben sogenannte Wehrdienstleistende schon viele Angriffskriege geführt. Das gilt gerade für Deutschland. Im Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Staat ist der Begriff ebenfalls abwegig. Wehrdienst leisten gerade diejenigen, denen es nicht gelingt, sich erfolgreich gegen die Rekrutierung zum Militär zu wehren. Deshalb verwende ich diese sachlich unzutreffenden und realitätsverschleiernenden Propagandabegriffe nicht.

Seit den 1990er Jahren wurde in vielen Staaten Europas der Zwang zum Militärdienst abgeschafft oder ausgesetzt. Doch 2013 kehrte sich dieser Trend um. Es häufen sich auch in Deutschland die Rufe nach Reaktivierung des Zwangsmilitärdiensts und nach zivilen Zwangsdiensten. Lange verlangte das außer der AfD kaum jemand, inzwischen kommen solche Forderungen auch aus der SPD. Oft werden keine militärischen Argumente angeführt, sondern vermeintliche Vorteile einer Dienstpflicht wie mehr Zusammenhalt, weniger Egoismus und Bekämpfung des Rechtsextremismus. Militär und Heldentod fürs Vaterland sind nach zwei Weltkriegen nicht mehr populär. Wer also Zwang zum Militärdienst will, tut gut daran, zuerst vermeintlich gesellschaftlich akzeptable zivile Dienstpflichten zu fordern. Ein weiterer Vorstoß kam vergangene Woche von der Wehrbeauftragten Högl. Sie fordert, nach dem Vorbild Schwedens, wo alle militärdienstpflichtig sind, aber nur etwa 4% eines Jahrgangs einberufen werden, alle männlichen und weiblichen Jugendlichen einer

militärischen Musterung zu unterziehen, um Personal für die Bundeswehr und andere Dienste zu gewinnen. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass die Musterung eine demütigende und entwürdigende Prozedur ist mit dem Zweck zu entscheiden, ob ein Mensch in Militär und Krieg geschickt werden kann. Eine erzwungene Musterung ist eine Menschenrechtsverletzung, die keinem Menschen zugemutet werden sollte.

Die Wehrbeauftragte Högl ist bekannt für menschenfeindliche und absurde Vorschläge. 2020 forderte sie als Maßnahme gegen Rechtsextremismus in der Bundeswehr die Reaktivierung der sogenannten Wehrpflicht. Sie wollte also unschuldige Menschen in Kasernen mit Rechtsextremen zusammenpferchen, um das Rechtsextremismus-Problem der Bundeswehr zu verringern.

Die Gefahr, dass Jugendliche wieder ins Militär und in entrechtete Arbeit in Ersatzdiensten gezwungen werden, wächst. Es ist damit zu rechnen, dass, wie anderen Ländern auch, auch Frauen betroffen sein werden.

Seit dem Ukraine-Krieg wächst die Angst, in die Bundeswehr oder gar in einen Krieg gezwungen zu werden. Manche empfehlen, vorsorglich einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung zu stellen, Bei diesen Empfehlungen wird oft einiges nicht bedacht, das ich hier nicht weiter ausführen kann. Am Wichtigsten: Seit 2011 werden nur Anträge auf Kriegsdienstverweigerung bearbeitet, die von Soldaten und Soldatinnen oder Reservisten und Reservistinnen oder von tauglich Gemusterten kommen, aber nicht Anträge von sogenannten "Ungedienten". Sinnvoll ist in der Regel ein Antrag auf Kriegsdienstverweigerung für Reservisten und Reservistinnen, um Reserveübungen oder die Einberufung zur Bundeswehr im Spannungsfall zu vermeiden. Bei Soldaten und Soldatinnen hängt es vom Einzelfall ab, ob Kriegsdienstverweigerung der beste Weg ist, um aus der Bundeswehr herauszukommen. Die Situation ist für verschiedene Kategorien von Betroffenen sehr unterschiedlich. Dazu beraten wir gerne.

Damit niemals wieder Menschen zu Musterungen und Gewissensprüfungen, zu Militärdienst und anderen Zwangsdiensten gezwungen werden, wäre es am besten, dafür zu sorgen, dass der Kriegsdienstzwang nicht nur ausgesetzt bleibt, sondern ganz abgeschafft wird.

Nein zu allen Kriegs- und Zwangsdiensten!

Nicht nur Aussetzung, sondern Abschaffung der Zwangsrekrutierung zum Kriegsdienst!

Für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung in aller Welt!